Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1198

25. 04. 95

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Berliner Klimakonferenz sowie zu aktuellen Fragen der Kernenergie

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Transport der Castor-Behälter vom AKW-Philippsburg nach Gorleben ist eine politische Provokation. Der Transport nach Niedersachsen war nicht zwingend, schon gar nicht zu einer Zeit, wo zwischen den Parteien darüber gesprochen wird, ob es die Möglichkeit neuer Gemeinsamkeiten in der Energiepolitik gibt. Mit ihrer Zustimmung zum Transport betreibt die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Politik der Konfrontation statt der Verständigung und der ernsthaften Suche nach einer nachhaltig umweltverträglichen Energieversorgung.

2. Der Deutsche Bundestag verurteilt die militanten Aktionen gegen den Castor-Transport. Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung.

3. Die Bundesregierung versucht, mit dem Transport der Castor-Behälter vollendete Tatsachen zu schaffen, obwohl es bis heute kein gesichertes Entsorgungskonzept für abgebrannte Brennstäbe gibt. Die Bundesregierung versucht, die Lasten der Entsorgung einseitig insbesondere Niedersachsen aufzubürden. Dagegen halten sich inbesondere die Ministerpräsidenten aus süddeutschen Ländern, die in besonderer Weise nach dem Ausbau der Atomkraft rufen, bei der Übernahme konkreter Entsorgungslasten völlig zurück.

4. Der Deutsche Bundestag hält an der nationalen Entsorgungspflicht für abgebrannte Kernbrennstäbe fest. Das hat zwei Vorbedingungen:

   a) den Ausstieg aus der Atomkraft, um den radioaktiven Abfall zu begrenzen;

   b) eine ausgewogene Regionalisierung der Zwischen- und Endlager.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein derartiges nationales Entsorgungskonzept dem Deutschen Bundestag schnellstmöglichst vorzulegen.

Bonn, den 25. April 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333